



Niederschrift Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 20.08.2020
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	21:00 Uhr
Ort, Raum:	großen Saal der Stadthalle
Sitzungsnummer	HFA/041/20

- 1 Bericht des Magistrats
- 1.1 Finanzielle Situation der Schöfferstadt Gernsheim
- 1.2 Kinder- und Jugendversammlung
- 1.3 Zuweisung für öffentliche Bibliotheken aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs 2020
- 1.4 Einrichtung einer Give-Box
- 1.5 6. Hessischer Tag der Nachhaltigkeit am 10.09.2020
- 1.6 Gestattungsvertrag für das Pilotprojekt Bewässerung im Gernsheimer Stadtwald
- 2 Sachstand über die Erweiterung des Chemietanklagers der Firma Solvadis in Gernsheim
Berichts Antrag der SPD-Fraktion vom 10.06.2020, eingegangen am 16.06.2020
Vorlage: 0146/S/20
- 3 Das gelbe Band
Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 21.06.2020, eingegangen am 25.06.2020
Vorlage: 0147/S/20
- 4 Vorgarten-Wettbewerb - Pflanzengarten statt Schottergarten
Antrag der SPD-Fraktion vom 24.07.2020, eingegangen am 27.07.2020
Vorlage: 0168/S/20
- 5 Störfälle in der HIM-Sonderabfallverbrennungsanlage (SAV)
Antrag der FDP-Fraktion vom 01.08.2020, eingegangen am 03.08.2020
Vorlage: 0174/S/20
- 6 Neufassung der Friedhofsordnung
Beschlossen durch Magistrat am 05.08.2020
Vorlage: 0082/S/20
- 7 Neufassung der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung
Beschlossen durch Magistrat am 05.08.2020

- Vorlage: 0083/S/20
- 8 Kenntnisnahme des 1. Finanzberichts 2020 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO
Beschlossen durch Magistrat am 08.07.2020
Vorlage: 0085/S/20
- 9 1. Änderungssatzung zur Satzung der Schöfferstadt Gernsheim über
Sondernutzungen an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungen
(Sondernutzungssatzung)
Beschlossen durch Magistrat am 25.06.2020
Vorlage: 0106/S/20
- 10 Satzung der Schöfferstadt Gernsheim über die Unterbringung von
Obdachlosen
Beschlossen durch Magistrat am 25.06.2020
Vorlage: 0107/S/20
- 11 Beteiligungsbericht 2020
Beschlossen durch Magistrat am 10.06.2020
Vorlage: 0112/S/20
- 12 Überplanmäßige Aufwendungen nach § 100 HGO – Jahresabschluss
2019
Beschlossen durch Magistrat am 25.06.2020
Vorlage: 0127/S/20
- 13 Kenntnisnahme des Aufstellungsbeschlusses zum Jahresabschluss 2019
sowie der wesentlichen Ergebnisse des Abschlusses
Beschlossen durch Magistrat am 25.06.2020
Vorlage: 0129/S/20
- 14 1. Änderungssatzung zur Gefahrenabwehrverordnung über die
Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf und an
öffentlichen Straßen, Anlagen und Einrichtungen im Gebiet der
Schöfferstadt Gernsheim (Gefahrenabwehrverordnung).
Beschlossen durch Magistrat am 08.07.2020
Vorlage: 0143/S/20
- 15 Ortsgerichtswesen; hier: Wahl des 2.stellvertretenden
Ortsgerichtsvorstehers wegen Ablauf der Amtszeit
Beschlossen durch Magistrat am 08.07.2020
Vorlage: 0153/S/20
- 16 1. Änderung der Wasserversorgungssatzung (WVS) zum 01.01.2020
Beschlossen durch Magistrat am 05.08.2020
Vorlage: 0160/S/20
- 17 Neufassung der gesetzlichen Regelung der Hessischen
Gemeindeordnung § 112b Abs. 1 zur neu eingeräumten Befreiung vom
Gesamtabschluss zum 07.05.2020
Beschlossen durch Magistrat am 05.08.2020
Vorlage: 0166/S/20
- 18 14. Änderungssatzung zur Hauptsatzung; hier: Neuregelung der
kommunalen Ausländervertretung
Beschlossen durch Magistrat am 05.08.2020
Vorlage: 0167/S/20

- 19 Resolutionsantrag zur Unterstützung für den kommunalen Solidarpakt 2020
Resolutionsantrag der SPD-Fraktion vom 01.06.2020, eingegangen am 02.06.2020
Vorlage: 0111/S/20
- 20 Schulwegeplanung in Gernsheim
Berichtsantrag der CDU-Fraktion vom 25.06.2020, eingegangen am 25.06.2020
Vorlage: 0148/S/20

Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste

Verlauf

Frau Vorsitzende Draut begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Der Ausschuss HFA tagt bezüglich der Tagesordnungspunkte 1-5 gemeinsam mit dem ULF.

Frau Draut stellt fest, dass folgende Damen und Herren stimmberechtigt sind:

Für die CDU-Fraktion: Frau Chmura, Herr Trock, Herr Geiger

Für die SPD-Fraktion: Frau Draut, Herr Jirele

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Herr Piscopia

Für die FDP-Fraktion: Frau Rittberger-Göbler

1 Bericht des Magistrats

1.1 Finanzielle Situation der Schöfferstadt Gernsheim

(1) Ergebnisse des II. Quartals – Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und Umsatzsteuer

Das Hessische Ministerium der Finanzen unterrichtete die Stadt am 17.07.2020 über die Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer des II. Quartals 2020.

Nach dem Spitzenergebnis im I. Quartal bricht die Einkommensteuer im II. Quartal 2020 deutlich ein. Sie erreicht lediglich 82,21% des Vorjahresquartals. Es ist damit das schlechteste II. Quartal seit 2016. Auch die Umsatzsteuer geht im II. Quartal deutlich zurück. Sie erreicht lediglich

89,24% des Vorjahresquartals.

Die Mai-Steuerschätzung hatte bereits einen Fehlbedarf gegenüber der Haushaltsplanung 2020 von rd. 730.000 Euro prognostiziert. Nach den vorliegenden Zahlen kann davon ausgegangen werden, dass die Mai-Steuerschätzung erreicht wird. Diese wurde im 1. Finanzbericht 2020 bereits berücksichtigt.

(2) Entwicklung der Gewerbesteuer

Nach Rücksprache mit der Steuerverwaltung eines in Gernsheim ansässigen Unternehmens wurde die bereits im vergangenen Jahr angekündigte Rückzahlung in Höhe von 5,2 Mio. Euro bestätigt. Diese erfolgt voraussichtlich gegen Ende des Jahres. Von einem weiteren Unternehmen erhielt die Verwaltung die Mitteilung, dass die veranlagte Vorauszahlung in Höhe von rd. 2,4 Mio. Euro gegen Ende des Jahres zurückzahlen ist. Weiterhin erhielt die Schöfferstadt Gernsheim eine Mitteilung über einen zu erwartenden Gewerbesteuerertrag in Höhe von rd. 700.000 Euro.

(3) Kompensation der Gewerbesteuer durch Bund und Land

Der Hessische Städte- und Gemeindebund hat uns mit Mail vom 30.07.2020 die Höhe der Kompensationsleistung für den Ausfall der Gewerbesteuer mitgeteilt. Hiernach erhält die Stadt Gernsheim voraussichtlich im Oktober dieses Jahres eine Kompensation in Höhe von **4.596.151 Euro**. Betrachtet man das Durchschnittsaufkommen der Gewerbesteuer der vergangenen 10 Jahre in Höhe von 12,3 Mio. und den für 2020 zu erwartenden Gewerbesteuerertrag von rd. 2,8 Mio. Euro, so gleicht die Kompensationsleistung lediglich knapp 50% des fehlenden Aufkommens aus. Hierbei ist anzumerken, dass von der Kompensationsleistung in Höhe von rd. 4,6 Mio. Euro Umlageverpflichtungen (Kreis- und Schulumlage, Solidaritätsumlage) von rd. 2,9 Mio. Euro zu leisten sind.

(4) Entwicklung der Kreis- und Schulumlage

Die Stadt Gernsheim ermittelt seit mehreren Jahren die voraussichtlichen Kreisumlagegrundlagen für alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Landkreis. Ziel ist es u.a. aus der Summe der Kreisumlageverpflichtungen auf eine mögliche Veränderung der Kreisumlagehebesätze zu schließen. Diese Berechnung erfolgt in enger Abstimmung mit dem Landkreis.

Die vorliegenden Daten ergeben ein Gesamtaufkommen bei der Kreisumlage im Jahr 2021 in Höhe von rd. 150 Mio. Euro bei gleichen Hebesätzen wie im Jahr 2020. Der Kreishaushalt prognostiziert für das Jahr 2021 eine Einnahme aus Kreisumlage in Höhe von 145.243.000 Euro. In den Daten der Hochrechnung sind die Kompensationsmittel für

den Ausfall der Gewerbesteuer bereits enthalten. Diese werden hälftig dem KFA-Jahr 2021 und 2022 zugeschlagen.

Nach dieser Hochrechnung ist aktuell nicht davon auszugehen, dass sich der Hebesatz der Kreisumlage im Jahr 2021 erhöhen wird – im Gegenteil sollte von einer Absenkung ausgegangen werden.

(5) Einführung § 2b UStG – Verlängerung der Übergangsfrist

Nach dem ersten Corona-Steuerhilfegesetz wurde die Übergangsfrist zur Einführung des § 2b UStG um zwei Jahre verlängert. Eine Besteuerung kommunaler Leistungen ist nunmehr ab dem 1. Januar 2023 anzuwenden. Die Besteuerung betrifft Leistungen der Kommunen, wenn sie auf dem Markt in Konkurrenz zu privaten Anbietern auftreten. Die Verwaltung listet derzeit auf Grundlage der Buchungen des Jahres 2018 und 2019 alle Leistungen der Stadt (Einnahmen), die unter den § 2b UStG fallen könnten. Aktuell werden rd. 10.000 Einnahmebuchungen des Jahres 2018 nach sachlichen Zusammenhängen gruppiert und auf Anwendung des § 2b UStG geprüft. Gernsheim unterstützt hierbei andere Kommunen im Landkreis bei der Auswertung der Daten.

(6) Kommunalinvestitionsprogramm – Finanzierungsbestätigung

Mit Schreiben vom 04.08.2020 teilte die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WI-Bank) mit, dass die Mittel des Kommunalinvestitionsprogramms (KIP) in Höhe von 326.693 Euro am 17.08.2020 überwiesen werden. Der Sollzinssatz wird auf 0,101 Prozent für die Dauer von 10 Jahren festgesetzt. Gemäß der Maßnahmenanmeldung werden die Mittel für die grundhafte Sanierung der Darmstädter Straße verwendet. Das Land beteiligt sich mit 4/5 (261.354,40 Euro) an der Tilgungsleistung.

Gemäß § 11 Abs. 2 des Kommunalinvestitionsprogrammgesetzes gilt die Kreditaufnahme in der Haushaltssatzung als festgesetzt und als genehmigt.

1.2 Kinder- und Jugendversammlung

Für Freitag, 15. Mai 2020, war die Durchführung einer Kinder- und Jugendversammlung mit fachlicher Moderation und Teilnahme eines Vertreters der LNVG in der Stadthalle Gernsheim geplant. Leider konnte diese aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattfinden.

Ursprünglich war vorgesehen, die Versammlung in der zweiten Jahreshälfte durchzuführen. Aufgrund der weiterhin bestehenden Corona-Situation wird die Kinder- und Jugendversammlung wahrscheinlich erst im Jahr 2021 terminiert werden können.

1.3 Zuweisung für öffentliche Bibliotheken aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs 2020

Der am 04.02.2020 seitens der Verwaltung beantragte Landeszuschuss für die Stadtbibliothek wurde mit Bescheid vom 14.07.2020 positiv beschieden.

Die Stadtbücherei erhält für die Aktualisierung des Buchbestands im Bereich Kinder und Jugend sowie für den Sachbuchbereich eine Zuweisung in Höhe von 9.818,00 EUR.

1.4 Einrichtung einer Give-Box

Der Verein Gemüse-Netzwerk hat mit finanzieller Unterstützung der Schöfferstadt Gernsheim in Höhe von 650,15 EUR eine Gartenhütte zur Ausgabe von Lebensmitteln beschafft, die auf dem Gelände der ehemaligen Raiffeisenbank in der Bleichstraße neben der eigentlichen Ausgabestelle des Vereins aufgestellt wurde. Aus dieser Hütte werden während der aktuellen Corona-Pandemie dienstags und samstags in der Zeit von 14:00 bis 17:00 Uhr Lebensmittel verteilt.

Anschließend wird diese Hütte weiterhin vom Verein betreut und kann als Give-Box genutzt werden. Mit der eingerichteten Spendenkammer beim Caritas-Netzwerk Gernsheim übernehmen beide Organisationen die Aufgabe der Verwendung von Dingen und Waren, die abgegeben werden können und andere benötigen.

Dem Antrag Nr. 0294/S/19 wird somit entsprochen.

1.5 6. Hessischer Tag der Nachhaltigkeit am 10.09.2020

Am 10.09.2020 findet der 6. Hessische Tag der Nachhaltigkeit statt. Ziel dieser Aktion ist es, an diesem Tag nach Möglichkeit auf die Nutzung des PKW zu verzichten und den Weg zum Arbeitsplatz mit dem Fahrrad oder zu Fuß zurück zu legen.

Auch innerstädtische Ziele sollten ohne PKW angesteuert werden.

Die Stadt Gernsheim will damit ihrer Vorbildfunktion in Sachen Klimaschutz nachkommen und ruft die Bürgerinnen und Bürger auf, sich an dieser Aktion zur Einsparung von CO₂-Emissionen zu beteiligen.

1.6 Gestattungsvertrag für das Pilotprojekt Bewässerung im Gernsheimer Stadtwald

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 19.08.2020 dem Gestattungsvertrag für das Pilotprojekt „Bewässerung im Gernsheimer

Stadtwald“ zwischen der NW-VFA und der Stadt Gernsheim zugestimmt.

Das Hessische Umweltministerium hatte bereits im Jahr 2012 zu einem „Runden Tisch“ eingeladen. Thema war unter anderem die Prüfung einer oberirdischen Zuwässerung für die Grundwasseraufspiegelung.

Nach Prüfung der Gegebenheiten hat nun die NW-FVA zusammen mit dem Projektpartner Brandt Gerdes Sitzmann das Projekt ins Leben gerufen, bei dem innerhalb von drei Jahren, beginnend im Herbst 2020, die Eignung einer oberirdischen Zuwässerung als mögliche Alternative oder Ergänzung zu einer Grundwasseraufspiegelung getestet wird.

Der Gestattungsvertrag dient unter anderem dem Haftungsausschluss bei möglicherweise eintretenden Schäden der Anlage und auch der späteren Abnahme, um sicherzustellen, dass die Waldfläche in den ursprünglichen Zustand zurückgegeben wird.

**2 Sachstand über die Erweiterung des Chemietanklagers der Firma Solvadis in Gernsheim
Berichtsantrag der SPD-Fraktion vom 10.06.2020, eingegangen am 16.06.2020
Vorlage: 0146/S/20**

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Berichtsantrag mit der lfd. Nr.0146/S/20 vorgelegt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

1. Der Magistrat richtet eine Sachstandsanfrage über das Erweiterungsvorhaben der Fa. Solvadis an das Regierungspräsidium in Darmstadt als zuständige Genehmigungsbehörde. Insbesondere soll erfragt werden, ob zwischenzeitlich Genehmigungen oder Teilgenehmigungen hinsichtlich der Erweiterung erteilt wurden.
2. Der Magistrat berichtet über eigene getroffene oder geplante Maßnahmen der Stadt Gernsheim hinsichtlich der geplanten Erweiterung.
3. Über die Punkte 1 und 2 wird in einer Ausschusssitzung berichtet, zu der alle Stadtverordnete eingeladen werden.“

Herr Bürgermeister Burger schildert zu Beginn der Aussprache den chronologischen Verlauf des Antragsverfahrens bezüglich des Erweiterungsvorhabens der Firma Solvadis.

Zum aktuellen Sachstand sowie zu den eigenen getroffenen und geplanten Maßnahmen nimmt Herr Bürgermeister Burger wie folgt Stellung:

Aktuell hat die Firma Solvadis den Genehmigungsantrag zur Erweiterung des Chemietanklagers im Gernsheimer Hafen beim Regierungspräsidium (RP) allem Anschein nachgebessert eingereicht. Eine Offenlage soll noch im Sommer 2020 erfolgen. Auch ein vorzeitiger Beginn der Maßnahme wurde beim Regierungspräsidium für das Verfahren beantragt, wozu sich die Stadt Gernsheim bis zum 10.08.2020 äußern sollte.

Die Verwaltung hat gegenüber dem RP mitgeteilt, dass in jedem Fall die Unterlagen von Solvadis zusätzlich über die Homepage des RP digital veröffentlicht werden sollten, da mit einem großen Interesse von Seiten der Bürgerschaft bezüglich der Unterlagen gerechnet wird, dem die Verwaltung alleine im Rahmen der Amtshilfe für das RP nicht gerecht werden kann. Die digitale Veröffentlichung macht sowohl für den Fall Sinn, dass das Stadthaus für das Publikum wieder geöffnet sein sollte als auch in der jetzigen Corona-Situation mit telefonischer Besucheranmeldung.

Einem vorzeiten Beginn der Baumaßnahme hat die Schöfferstadt Gernsheim schriftlich widersprochen, da die Offenlage noch nicht erfolgt ist, unter Hinweis unter anderem auf die unzureichenden Sicherheits- bzw. Schutzabstände sowie die bisher nicht vollständigen Unterlagen.

Der Magistrat hat im Jahr 2018 eine Rechtsanwaltskanzlei mit einem Rechtsgutachten zur umweltrechtlichen Bewertung des Genehmigungsantrags der Fa. Solvadis distribution GmbH auf Erweiterung des Tanklagers am Standort Gernsheimer Hafen beauftragt. In dem Gutachten wurde u. a. festgestellt, dass die Mängel und Unvollständigkeiten der Antragsunterlagen dazu führen, dass nach dem damaligen Stand das Vorhaben nicht genehmigungsfähig war. Solvadis hat den Genehmigungsantrag in der Zwischenzeit beim Regierungspräsidium erneut und vermutlich auch nachgebessert eingereicht.

Die Offenlage steht, wie zum Sachstand ausgeführt, demnächst an.

Die von uns beauftragte Anwaltskanzlei wird im Auftrag der Stadt die Unterlagen erneut umweltrechtlich prüfen und bewerten.

Die Stadt Gernsheim hat gegenüber dem Kreis mit Schreiben vom 28.05.2019, vom 01.08.2019 und vom 21.07.2020 jeweils eine Stellungnahme zum Bauantrag der Firma Solvadis betreffend die Errichtung einer neuen Kesselwagen (KWG-) Befüllungs- bzw. Entleerungsanlage, einschließlich zugehöriger Umschlagsflächen abgegeben und ihr Einvernehmen jeweils verweigert. Die Prüfung von der Kanzlei Baumann hat ergeben, dass auch nach über einem Jahr noch Unterlagen fehlen.

Die Verwaltung sieht darüber hinaus den Bauantrag sowieso in einem Zusammenhang mit dem ebenfalls anhängigen Verfahren nach § 16 BImSchG zur Erweiterung des Tankfelds 8 und geht davon aus, dass es sich um eine "Salamitaktik" des Vorhabenträgers handelt. Die Verwaltung hat daher im Hinblick auf die Errichtung einer Befüllungs- bzw.

Entleerungsanlage beantragt, die Rechtsgrundlage für die Genehmigung nochmals zu prüfen, insbesondere die Frage der Zuständigkeit, und hier das Regierungspräsidium Darmstadt in die Prüfung mit einzubeziehen.

Hinsichtlich älterer Genehmigungen von Solvadis wurde seitens der Stadt Gernsheim Akteneinsicht beantragt. Das Regierungspräsidium hat der Stadt hierzu eine Genehmigung erteilt. Allerdings hat Solvadis gegen diese Genehmigung der Akteneinsicht durch das RP geklagt. Das Verwaltungsgericht Darmstadt und der Verwaltungsgerichtshof Kassel haben nach derzeitigem Kenntnisstand im Sinne der Stadt entschieden. (Die Schöfferstadt Gernsheim erfährt dies nur mittelbar, da sie im Verwaltungsstreitverfahren nicht selbst beteiligt ist.).

Die Verwaltung geht davon aus, dass die beauftragte Rechtsanwaltskanzlei die Akteneinsicht für die Stadt Gernsheim beim RP Darmstadt in nächster Zeit vornehmen wird.

Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Burger dankt Herr Jirele diesem und informiert, dass in der heutigen Sitzung keine Abstimmung erfolgen soll und die SPD-Fraktion beraten wird, ob der Antrag als erledigt erklärt werden kann.

3 **Das gelbe Band**
Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 21.06.2020, eingegangen am
25.06.2020
Vorlage: 0147/S/20

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Prüfantrag mit der lfd. Nr. 0147/S/20 vorgelegt:

„Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird gebeten, die Einführung eines sog. gelben Bandes für städtische Obstbäume zu prüfen. Auch soll geprüft werden, wie man privaten Besitzern die Möglichkeit geben kann mitzumachen.“

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 4 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 3 (2 SPD, 1 FDP)

4 **Vorgarten-Wettbewerb - Pflanzgarten statt Schottergarten**
Antrag der SPD-Fraktion vom 24.07.2020, eingegangen am 27.07.2020
Vorlage: 0168/S/20

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Antrag mit der lfd. Nr. 0168/S/20 vorgelegt:

„Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Ab 2021 erstmalig und anschließend alle zwei Jahre fortlaufend wird ein Wettbewerb ausgeschrieben, der die ökologisch wertvollsten Vorgartengestaltungen nach dem Motto „Pflanzengarten statt Schottergarten“ innerhalb der Gemarkung der Schöfferstadt Gernsheim auszeichnet.

Prämiert werden sollen jeweils die besten drei grün gestalteten Vorgärten, die auf Versiegelung verzichten und dem Wettbewerb optimal gerecht werden.

Hierzu ist eine Jury, bestehend aus Vertretern der Verwaltung, der Politik, Landschaftsarchitekten oder Landschaftsgärtnern zu berufen. Der Magistrat soll sich bei örtlichen Unternehmen und Sponsoren bemühen, die für die ersten drei Preisträger alle zwei Jahre entsprechende Preise (z.B. Gutscheine) zur Verfügung zu stellen. Die Bewerbung und Dokumentationen können über die neu erstellten Seiten der Homepage Gernsheim erfolgen.

Entsprechende Verfügungsmittel sind im Produkt 28101 zu finden.“

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 6 (3 CDU, 2 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen)

Nein-Stimmen : -

Enthaltung : 1 (FDP)

5 Störfälle in der HIM-Sonderabfallverbrennungsanlage (SAV) Antrag der FDP-Fraktion von 01.08.2020, eingegangen am 03.08.2020 Vorlage: 0174/S/20

Seitens der FDP-Fraktion wird folgender Antrag mit der lfd. Nr. 0174/S/20 vorgelegt:

„Die FDP-Fraktion bittet Sie, nachstehenden Antrag durch die Stadtverordnetenversammlung behandeln zu lassen:

"Der Vertreter der Stadt Gernsheim im Umweltbeirat der HIM möge über die letzten Vorfälle in der HIM-Sonderabfallverbrennungsanlage (SAV) Biebesheim vom 01.-05. September 2019 und 28.Mai 2020 berichten.

Insbesondere geht es dabei um die lückenlose Schilderung der Explosion vom 28.05.2020 sowie der noch offenstehenden Fragen aus dem Bericht über die illegale Verbrennung von Quecksilber [sh. Anlage).

Unter anderem stellt der Vertreter der Stadt Gernsheim in seinem Bericht in Aussicht, dass in der nächsten Sitzung dieser Kommission im Mai/Juni 2020 darüber berichtet werden würde, ob die von der HIM zugesagte juristische Überprüfung in Angriff genommen wurde oder nicht.“

Herr Bürgermeister Burger informiert im Rahmen der Aussprache, dass nach dem Überschreiten der Quecksilberemissionen ein unabhängiges akkreditiertes Umwelt-Ingenieurbüro von Indaver Deutschland GmbH beauftragt wurde, um die Auswirkungen der Quecksilberemissionen zu bewerten. Das Ergebnis lag Ende Januar vor und sollte im Rahmen der routinemäßig im März stattfindenden Umweltbeiratssitzung erläutert werden. Die Sitzung wurde aufgrund der Covid-19-Pandemie abgesagt und für den 10.11.2020 neu terminiert. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die Beurteilungswerte zum Schutz der menschlichen Gesundheit und dem Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen bei dem Ereignis deutlich unterschritten wurde. Das staatliche Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt im Zusammenhang mit der Quecksilberemissionen Ende Februar wurde eingestellt.

Herr Kummetat erklärt für die FDP-Fraktion, dass über den Antrag nicht abgestimmt wird. Der Antrag wird ruhend gestellt, bis der Antragsteller unter Berücksichtigung der Antragsfrist die Vorlage erneut wieder in den Geschäftsgang bringt.

6 **Neufassung der Friedhofsordnung**
Beschlossen durch Magistrat am 05.08.2020
Vorlage: 0082/S/20

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Neufassung der Friedhofsordnung in der beiliegenden Fassung. Mit dem Inkrafttreten der Friedhofsordnung treten die seitherigen Satzungsbestimmungen außer Kraft.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

7 **Neufassung der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung**
Beschlossen durch Magistrat am 05.08.2020
Vorlage: 0083/S/20

Im Rahmen der Aussprache wird die Neufassung der Gebührenordnung sowie die Ausarbeitung „Ermittlung kostendeckender Gebührensätze für das Friedhofs- und Bestattungswesen 2020 bis 2022“ von der Firma Eckermann & Krauß intensiv besprochen und kontrovers diskutiert.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Neufassung der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung in der beiliegenden Fassung. Mit dem Inkrafttreten der Gebührenordnung treten die seitherigen gebührenrechtlichen Satzungsbestimmungen außer Kraft.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 4 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 3 (2 SPD, 1 FDP)

8 Kenntnisnahme des 1. Finanzberichts 2020 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO Beschlossen durch Magistrat am 08.07.2020 Vorlage: 0085/S/20

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den 1. Finanzbericht 2020 zum Buchungsstand 18.05.2020 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO zur Kenntnis.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: zur Kenntnis genommen

9 1. Änderungssatzung zur Satzung der Schöfferstadt Gernsheim über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungen (Sondernutzungssatzung) Beschlossen durch Magistrat am 25.06.2020 Vorlage: 0106/S/20

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt die als Anlage beigefügte 1. Änderungssatzung zur Satzung der Schöfferstadt Gernsheim über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungen (Sondernutzungssatzung).

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

10 Satzung der Schöfferstadt Gernsheim über die Unterbringung von Obdachlosen Beschlossen durch Magistrat am 25.06.2020 Vorlage: 0107/S/20

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt die als Anlage beigefügte Satzung der Schöfferstadt Gernsheim über die Unterbringung von Obdachlosen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

11 Beteiligungsbericht 2020 Beschlossen durch Magistrat am 10.06.2020 Vorlage: 0112/S/20

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Beteiligungsbericht 2020 zustimmend zur Kenntnis.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung Kenntnisnahme

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

12 Überplanmäßige Aufwendungen nach § 100 HGO – Jahresabschluss 2019 Beschlissen durch Magistrat am 25.06.2020 Vorlage: 0127/S/20

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Bereitstellung von überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 118.320,53 Euro nach § 100 Absatz 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO). Die Deckung erfolgt über die Einsparungen im Budget 1 Hauptverwaltung.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

13 Kenntnisnahme des Aufstellungsbeschlusses zum Jahresabschluss 2019 sowie der wesentlichen Ergebnisse des Abschlusses Beschlissen durch Magistrat am 25.06.2020 Vorlage: 0129/S/20

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Aufstellungsbeschluss des Magistrats vom 25.06.2020 zum Jahresabschluss 2019 sowie die wesentlichen Ergebnisse des Abschlusses nach § 112 Absatz 9 HGO zur Kenntnis.

Ordentliches Ergebnis (Überschuss): 1.234.390,08
Außerordentliches Ergebnis (Überschuss): 410.132,39
Jahresergebnis (Überschuss): 1.644.522,47 EUR

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: zur Kenntnis genommen

- 14 **1. Änderungssatzung zur Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf und an öffentlichen Straßen, Anlagen und Einrichtungen im Gebiet der Schöfferstadt Gernsheim (Gefahrenabwehrverordnung).
Beschlissen durch Magistrat am 08.07.2020
Vorlage: 0143/S/20**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt die als Anlage beigefügte 1. Änderungssatzung zur Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf und an öffentlichen Straßen, Anlagen und Einrichtungen im Gebiet der Schöfferstadt Gernsheim (Gefahrenabwehrverordnung).

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen :
Enthaltung :

Frau Rittberger-Göbler war bei der Abstimmung nicht anwesend.

- 15 **Ortsgerichtswesen; hier: Wahl des 2.stellvertretenden Ortsgerichtsvorstehers wegen Ablauf der Amtszeit
Beschlissen durch Magistrat am 08.07.2020
Vorlage: 0153/S/20**

Herr Marx verlässt wegen Interessenkollision den Sitzungsraum.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

- a) Die Stadtverordnetenversammlung nimmt davon Kenntnis, dass die Amtszeit des zweiten stellvertretenden Ortsgerichtsvorstehers, Herrn OAR Sascha Marx, geb. 10.07.1975, wohnhaft

Gutenbergstraße 13, 64579 Gernsheim, mit Ablauf des 15.09.2020 endet.

- b) Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn OAR Sascha Marx, geb. 10.07.1975, wohnhaft Gutenbergstraße 13, 64579 Gernsheim, zum zweiten stellvertretenden Ortsgerichtsvorsteher des Ortsgerichtes Gernsheim auf die Dauer von zehn Jahren und stimmt der vom Amtsgericht Groß-Gerau vorzunehmenden Ernennung von Herrn OAR Sascha Marx zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu.

Eine Abstimmung erfolgt erst in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26.08.2020.

Herr Marx nimmt wieder an der Sitzung teil.

16 **1. Änderung der Wasserversorgungssatzung (WVS) zum 01.01.2020
Beschlissen durch Magistrat am 05.08.2020
Vorlage: 0160/S/20**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt die 1. Änderung der Wasserversorgungssatzung (WVS). Diese Änderungssatzung tritt rückwirkend zum 1. Januar 2020 in Kraft.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

17 **Neufassung der gesetzlichen Regelung der Hessischen
Gemeindeordnung § 112b Abs. 1 zur neu eingeräumten Befreiung
vom Gesamtabschluss zum 07.05.2020
Beschlissen durch Magistrat am 05.08.2020
Vorlage: 0166/S/20**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt die Befreiung von der Verpflichtung zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses gemäß § 112b Abs. 1 HGO. Diese neue gesetzliche Regelung tritt sofort in Kraft.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**18 14. Änderungssatzung zur Hauptsatzung; hier: Neuregelung der kommunalen Ausländervertretung
Beschlissen durch Magistrat am 05.08.2020
Vorlage: 0167/S/20**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt die in der Anlage beigefügte 14. Änderungssatzung zur Neufassung der Hauptsatzung der Schöfferstadt Gernsheim in der Fassung der 9. Änderung vom 04.02.2010 zur Neuregelung der kommunalen Ausländervertretung.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**19 Resolutionsantrag zur Unterstützung für den kommunalen Solidarpakt 2020
Resolutionsantrag der SPD-Fraktion vom 01.06.2020, eingegangen am 02.06.2020
Vorlage: 0111/S/20**

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Resolutionsantrag mit der lfd. Nr. 0111/S/20 vorgelegt:

„Wir beantragen und bitten die Stadtverordnetenversammlung, folgende Resolution zu beschließen:

Aufgrund der Corona-Krise sinken die Gewerbesteuereinnahmen auch für die Schöfferstadt Gernsheim dramatisch. Wir brauchen diese Einnahmen, um das öffentliche Leben in unserer Stadt Gernsheim finanzieren zu

können, zum Beispiel die Finanzierung unserer Bauprojekte (Ärztehaus, Neubaugebiet Ringstr. II) und die Fortführung des Stadtumbaus in Gernsheim.

Die aktuelle Steuerschätzung vom 14. Mai 2020 geht davon aus, dass in diesem Jahr allein bei der umsatzabhängigen Gewerbesteuer mit Mindereinnahmen von gut 12 Milliarden Euro für alle Kommunen zu rechnen ist. Für Gernsheim wird mit erheblichen Mindereinnahmen zu rechnen sein. Hinzu kommen Mehrbelastungen durch erhöhte Sozialausgaben und Mindereinnahmen in anderen Bereichen. Diese erheblichen Steuermindereinnahmen setzen uns in Gernsheim unter Druck und gefährden die Finanzierung wichtiger Aufgaben in unserer Kommune. Ein Sparprogramm zum jetzigen Zeitpunkt wäre ökonomisch unsinnig und würde eine Wiederbelebung der Wirtschaft abwürgen. Außerdem würden wichtige Investitionen in die Infrastruktur verhindert werden.

Deshalb ist es dringend erforderlich, dass Bund und Länder uns und die anderen Kommunen unterstützen und entlasten.

Es gilt, die Handlungsfähigkeit von Gernsheim in der Krise zu sichern. Es gilt, einen weiteren Anstieg der kommunalen Verschuldung zu vermeiden.

Es gilt, die Investitionsfähigkeit unserer Stadt, der Gemeinde und der anderen Kommunen in und nach der Krise zu sichern.

Der Magistrat der Stadt Gernsheim fordert daher die hessische Landesregierung auf, die von Bundesfinanzminister Olaf Scholz ergriffene Initiative für einen kommunalen Solidarpakt 2020 zu unterstützen und sich bei der Landesregierung, der Bundesregierung und den Fraktionen im Deutschen Bundestag dafür einzusetzen, dass dieser Vorschlag jetzt zeitnah umgesetzt wird.

Der Vorschlag sieht vor, dass Bund und Länder gemeinsam den Gemeinden die Verluste bei den Gewerbesteuereinnahmen in diesem Jahr pauschaliert ausgleichen. Der Ausgleich soll zu jeweils gleichen Teilen zwischen dem Bund und dem jeweiligen Land aufgeteilt werden. Diese Hilfe muss jetzt schnell kommen. Nur so kann die Handlungsfähigkeit der Stadt Gernsheim gestärkt werden. Der Ausgleich soll im laufenden Jahr erfolgen.“

Herr Jirele erklärt den Antrag für die SPD-Fraktion als erledigt.

20

Schulwegeplanung in Gernsheim

Berichts Antrag der CDU-Fraktion vom 25.06.2020, eingegangen am 25.06.2020

Vorlage: 0148/S/20

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Berichts Antrag mit der lfd. Nr. 0148/S/20 vorgelegt:

„Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- wie er die Notwendigkeit von Schulwegeplanungen in Gernsheim beurteilt,
- wer für Schulwegeplanungen zuständig ist,
- wie die Stadt bzw. der Ordnungsbehördenbezirk die Erarbeitung von Schulwegeplanungen unterstützen kann,
- welche aktuellen Sachstände es bei den Schulwegeplanungen für die Gernsheimer Schulen gibt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Vorsitzende

Schriftführerin
Hü.